



zukunftsforum  
**familie** e.v.

# **Sachbericht zur Vorlage im BMFSFJ**

## **Zuwendungszeitraum 03-12/2022 und 01-02/2023**

Zukunftsforum Familie e.V.  
Michaelkirchstraße 17/18  
10179 Berlin  
Tel.: 030 2592728-20  
Fax: 030 2592728-60

[info@zukunftsforum-familie.de](mailto:info@zukunftsforum-familie.de)  
[www.zukunftsforum-familie.de](http://www.zukunftsforum-familie.de)

# I. Ziele und Schwerpunkte im Jahr 2022

Das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) hat sich auch im Jahr 2022 seinen Zielen entsprechend für eine solidarische, demokratische, kindbezogene und geschlechtergerechte Familienpolitik eingesetzt, welche sich als politische Querschnittsaufgabe versteht. Mitglieder, Vorstand und Geschäftsstelle hatten dabei insbesondere folgende Schwerpunkte im Blick:

## A. Thematische Schwerpunkte

1. 20 Jahre ZFF: Der familienpolitische Fachverband feiert sein Jubiläum
2. Kinder- und Familienarmut im Blick
3. Debatte um Verantwortungsgemeinschaft
4. Fachtagung „Arbeitsmarkt und Familie: Wie können wir die Arbeitswelt familienfreundlich gestalten?“

## B. Innerverbandliche Weiterentwicklung:

5. Mitgliederbetreuung
6. Personalentwicklung
7. Eintragung im Lobbyregister

## C. Weitere Schwerpunkte der Arbeit

8. Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung
9. Austausch mit politischen Akteur\*innen
10. Regelmäßige Veröffentlichung des Newsletters „ZFF-Info“
11. Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

## D. Weitere Aktivitäten

12. Zusammenarbeit mit weiteren Akteur\*innen
13. Teilnahme an Veranstaltungen

## II. Aktivitäten im Jahr 2022 zur Umsetzung der Ziele

Zur Umsetzung der Ziele hat das ZFF diverse Strategien verfolgt:

- Der intensive **Austausch mit den Mitgliedern** des ZFF hat die inhaltliche Arbeit geschärft, Positionen verbessert und die Mitgliederbindung erhöht.
- Durch die Mitarbeit in **Bündnissen, Fachausschüssen, Arbeitskreisen, Arbeitsgruppen und den engen Austausch mit weiteren Familien- und Sozialverbänden** konnten Ansätze breit diskutiert und weiteres Wissen aufgebaut werden.
- Inhaltliche Positionierungen in Form von **Stellungnahmen** und **Positionspapieren** haben das ZFF in den thematischen Feldern eindeutig verortet und als Gesprächspartner für Politik, Fachöffentlichkeit und Mitglieder weiter qualifiziert.
- **Fachgespräche** haben dazu beigetragen, Wissen aufzubauen und politische Handlungsansätze in der Fachöffentlichkeit zu diskutieren.
- Die regelmäßige **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** hat inhaltliche Einschätzungen und langfristige Positionierungen des ZFF in eine breite Öffentlichkeit gestreut.
- Der regelmäßig erscheinende **Newsletter** „ZFF-Info“ hat Mitglieder, politische Entscheidungsträger\*innen und Fachöffentlichkeit über aktuelle familienpolitische Entwicklungen informiert und das ZFF als Akteur sichtbar gehalten.

**Die Aktivitäten waren im Einzelnen:**

### A. Thematische Schwerpunkte

#### 1. 20 Jahre ZFF: Der familienpolitische Fachverband feiert sein Jubiläum

Das Zukunftsforum Familie (ZFF) feierte im Jahr 2022 sein 20-jähriges Bestehen. Das Jubiläum wurde bei einem Abendempfang gefeiert. Eingeläutet wurde der Abend mit Grußworten der Bundesfamilienministerin Lisa Paus MdB, der AWO-Präsidentin Kathrin Sonnenholzner sowie der langjährigen politischen Weggefährtin Elke Ferner (u. a. Vorstand Deutscher Frauenrat). Gemeinsam mit zahlreichen ZFF-Mitgliedern, Kooperationspartner\*innen und Freund\*innen des ZFF blickten wir auf zwei Jahrzehnte Verbandsgeschichte zurück. Anlässlich des Jubiläums ist eine Chronik entstanden, die die wichtigsten Meilensteine des ZFF und der Familien- und Sozialpolitik abbildet. Diese kann auf der ZFF-Website heruntergeladen werden.

#### 2. Kinder- und Familienarmut im Blick

Das ZFF hat die zahlreichen Vorhaben der Ampelkoalition in einer umfassenden Bewertung des Koalitionsvertrages Anfang des Jahres begrüßt. Besonders hervorzuheben ist, dass die Kindergrundsicherung, eine Leistung u. a. zur Bekämpfung von Kinderarmut, für die wir uns seit 2009 mit vielen weiteren Verbänden einsetzen, nun endlich Eingang in einen Koalitionsvertrag gefunden hat. Für das ZFF steht fest, dass nur eine Kindergrundsicherung, die bestimmte Kriterien erfüllt, ihre Wirkung tatsächlich entfalten kann. Die konkrete Ausgestaltung wird sich daran messen lassen müssen. Gemeinsam mit dem Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG haben wir daher eine Stellungnahme veröffentlicht. Seit Erscheinen des Koalitionsvertrages wird die Umsetzung der Kindergrundsicherung von der Bundesregierung vorangetrieben, davon konnte sich das ZFF im Rahmen einer Verbändeanhörung im November 2022 überzeugen. Ende Januar sind erste Eckpunkte zur Umsetzung der

neuen Leistung aus dem BMFSFJ erschienen, die zur weiteren Diskussion dienen. Ein abgestimmter Referentenentwurf wird noch vor der Sommerpause erwartet.

Darüber hinaus haben wir mit der BAGFW und dem DGB eine Umfrage zur Erfahrung mit dem Kinderzuschlag bei knapp 600 Beratungsstellen durchgeführt und veröffentlicht. Die Ergebnisse sind erschreckend: Auch wenn eine Berechtigung für den Kinderzuschlag vorliegt, verhindern hohe Zugangshürden und Schnittstellen zu anderen Leistungen weiterhin eine umfassende Inanspruchnahme des Kinderzuschlags. Gleichzeitig helfen uns die Ergebnisse auch für die anstehende Debatte zur Konzeption der Kindergrundsicherung: Es wird dringend eine Leistung aus einer Hand benötigt.

Gemeinsam mit dem Bündnis für ein Menschenwürdiges Existenzminimum sowie vielen weiteren Organisationen aus der Umweltpolitik hat das ZFF „Zehn Thesen für einen sozialen und ökologischen Neustart“ auf den Weg gebracht. Denn für uns ist klar: Die anstehende sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes geht nur mit einer klaren sozialpolitischen Perspektive, die Kinder, Jugendliche und Familien miteinschließt.

Die „Europäische Garantie für Kinder“ soll Kinderarmut und soziale Ausgrenzung von Kindern in der EU bekämpfen, indem sie allen Kindern und Jugendlichen Zugang zu grundlegenden Ressourcen gewährt. Deutschland wie auch die anderen EU-Staaten haben die Umsetzung der EU-Kindergarantie beschlossen und sich verpflichtet bis 2022 einen Aktionsplan zur Umsetzung der Strategie zu vorzulegen. Nachdem wir uns in einem Aufruf für die Umsetzung der EU-Kindergarantie gemeinsam mit vielen weiteren Verbänden eingesetzt haben, wurde nun auch ein gemeinsames Impulspapier von AWO und ZFF erarbeitet. Leider liegt das Verfahren derzeit auf Eis: Bisher hat uns - trotz öffentlichkeitswirksamer Auftaktveranstaltungen - der Nationale Aktionsplan noch nicht erreicht.

Im Berichtsjahr arbeitete der ehemalige Geschäftsführer Alexander Nöhring im „Forum Familie“ des SPD-Parteivorstandes mit an der Entwicklung eines familienpolitischen Leitantes. Er übernahm dort die Leitung einer Arbeitsgruppe zum Thema „monetäre Leistungen für Familien“.

### 3. Debatte um Verantwortungsgemeinschaft

Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung hat das ZFF die Verantwortungsgemeinschaft als neues Rechtsinstitut für Fürsorgegemeinschaften diskutiert, die in dieser Legislaturperiode eingeführt werden soll. Bei der Entwicklung des Rechtsinstituts sind vielfältige Fragen zu klären, die im Workshop aufgegriffen wurden: Die soziale Absicherung bei der gegenseitigen Verantwortungsübernahme, die Situation von Kindern und Jugendlichen, die in den Gemeinschaften aufwachsen oder die Frage der gleichstellungspolitischen Auswirkungen. Das ZFF wird sich auch 2023 mit den Fragen bei der Umsetzung der Verantwortungsgemeinschaft beschäftigen und sich öffentlich positionieren.

### 4. Fachtagung „Arbeitsmarkt und Familie: Wie können wir die Arbeitswelt familienfreundlich gestalten?“

Im Oktober 2022 fand die Fachtagung „Arbeitsmarkt und Familie: Wie können wir die Arbeitswelt familienfreundlich gestalten?“ statt. Dabei haben wir die ZFF-Perspektive bestätigt gesehen, dass Arbeit zum Leben passen muss und nicht umgekehrt: Sorgearbeit muss selbstverständlicher Teil der Erwerbsbiografie sein. Neben erkenntnisreichen Vorträgen von Prof. Dr. Bettina Kohlrausch (Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung) und Kirsten Frohnert (Leiterin des Netzbüros „Erfolgsfaktor Familie“) sowie intensiven Diskussionsrunden in zwei verschiedenen Workshops, rundete Teresa Bücken mit einem Blick in die familienfreundliche Arbeitswelt der Zukunft die Tagung ab. Die umfassende Dokumentation kann auf der ZFF-Website heruntergeladen werden.

## **B. Innerverbandliche Weiterentwicklung**

### 5. Mitgliederbetreuung

Das ZFF ist 75 Mitglieder stark. Sie profitieren u. a. durch den regelmäßigen Infodienst „ZFF-Info“, Mitgliederbriefe und die Möglichkeit der Vorstellung in der ZFF-Verbandszeitschrift sowie den fachlichen Austausch und die Beteiligung an Fachveranstaltungen.

### 6. Personalentwicklung

Der Einsatz für eine gute Politik für Familien gelingt nur mit einem gut ausgebildeten und tarifvertraglich bezahlten Team in der Geschäftsstelle. Mit Blick auf die immer größer werdende Lücke zwischen Personalkosten-Zuwendung aus dem BMFSFJ und der tarifvertraglich orientierten Bezahlung engagierte sich das ZFF gemeinsam mit weiteren Familienverbänden um eine Verbesserung der Finanzierung und erarbeitete die gemeinsame Forderung nach einer Dynamisierung der Zuwendung. Im Herbst 2022 fand daher ein gemeinsames Gespräch einiger Familienverbände mit der parlamentarischen Staatssekretärin im BMFSFJ, Ekin Deligöz MdB, statt. Bislang ist noch keine Dynamisierung in Sicht, so gehen die Anstrengungen auch in 2023 weiter.

Intern standen einige Wechsel an: im April 2022 kehrte die Referentin Nikola Schopp aus ihrer Elternzeit zurück. Damit wechselte die Referentin Lisa Sommer wieder auf ihre vorherige Stelle innerhalb des ZFF (sie hatte die Vertretung von Frau Schopp inne) und die Vertretung von Lisa Sommer, Ulrike Mewald, beendete ihre Tätigkeit beim ZFF bereits Ende Februar 2022. Beide ZFF-Referentinnen, Nikola Schopp und Lisa Sommer, arbeiteten von April 2022 bis Februar 2023 mit 30h/Woche. Diese Änderungen im Stellenplan wurden per E-Mail am 29.06.2022 und 22.11.2022 beim BMFSFJ i. V m. dem BVA beantragt.

### 7. Eintragung im Lobbyregister

Seit Januar 2022 gilt das so genannte Lobbyregistergesetz. Das Lobbyregister wird beim Deutschen Bundestag geführt und ist unter [www.bundestag.de/lobbyregister](http://www.bundestag.de/lobbyregister) öffentlich zugänglich. Als Verband, der gegenüber Bundestag und Bundesregierung Interessen von Familien vertritt, ist das Zukunftsforum Familie im Register eingetragen unter [www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000582/1586](http://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000582/1586), Registernummer R000582. Die Angaben zum Finanzbedarf für die Lobbyarbeit werden gemäß den Vorgaben des Lobbyregistergesetzes aktualisiert.

## **C. Weitere Schwerpunkte der Arbeit**

### 8. Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung

Die Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung gehört zu den Schwerpunkten der Arbeit des ZFF. Im Zuge der Erarbeitung tritt der Verband meist in den intensiven Austausch mit seinen Mitgliedern und sorgt so dafür, dass bundespolitische Vorhaben auf der Ebene der Praxis gegengeprüft werden.

Zu der Einführung eines Sofortzuschlags für Kinder äußerte sich das ZFF im Mai 2022 anlässlich der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales zum "Entwurf eines Gesetzes zur Regelung eines Sofortzuschlages für Kinder und einer Einmalzahlung an erwachsene Leistungsbe-rechtigte der sozialen Mindestsicherungssysteme aus Anlass der COVID-19-Pandemie" (Sofortzu-schlags- und Einmalzahlungsgesetz) sowie zu den Anträgen der Fraktion DIE LINKE. "Regelsatz ehrlich berechnen - Sonderzahlungen reichen nicht aus" (BT-Drs. 20/1502) und "Kinder-Sofortzu-schlag armutsfest ausgestalten" (BT-Drs. 20/1504).

Zur Situation von Alleinerziehenden veröffentlichte das ZFF im Juni 2022 eine Stellungnahme an-llässlich der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU "Alleinerziehende in der aktuellen hohen Inflation nicht allein lassen" (Drucksache 20/1334).

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf äußerte sich das ZFF im November 2022 in einer Stellung-nahme zur Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur weiteren Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates“ sowie zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. „28 Tage Elternschutz für den zweiten Eltern-teil ab Geburt des Kindes einführen“ (BT-Drs. 20/2688).

Der ehemalige ZFF-Geschäftsführer Alexander Nöhring war als Sachverständiger in den Anhörun-gen zu den entsprechenden Gesetzentwürfen in verschiedenen Ausschüssen des Deutschen Bun-destages geladen. Die Referentin Lisa Sommer vertrat das ZFF als Sachverständige im Familienausschuss anlässlich der Anhörung zur EU-Vereinbarkeitsrichtlinie.

## 9. Austausch mit politischen Akteur\*innen

Auch im Jahr 2022 stand das ZFF mit zahlreichen Akteur\*innen aus Politik und Verbänden im Aus-tausch.

Im Nachgang der Bundestagswahl traf sich das ZFF mit zahlreichen Mitgliedern des Bundestags, aus den Fraktion der der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE, der FDP und der CDU und tauschte sich zu den familienpolitischen Vorhaben der neu gewählten Bundesregierung aus. Im Juli 2022 waren Alexander Nöhring und Nikola Schopp in einem internen Arbeitskreis der SPD geladen und haben dort das Konzept des Bündnisses KINDERGRUNDSICHERUNG vorgestellt. Ebenfalls war das ZFF am Verbändegespräch des BMFSFJ zum Thema Kindergrundsicherung beteiligt.

Auch mit der Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen und Fraktionsreferent\*innen stand das ZFF in regem Austausch.

## 10. Regelmäßige Veröffentlichung des Newsletters „ZFF-Info“

Als zentrales Instrument der Mitgliederbindung sowie der Präsenz in der politischen und fachpoliti-schen Öffentlichkeit erschien der Newsletter „ZFF-Info“ im Jahr 2022 insgesamt 16 Mal. Dabei wur-den aktuelle familienpolitische Entwicklungen zusammengefasst, teilweise kommentiert, Aktivitäten der Mitglieder vorgestellt sowie auf Fachveranstaltungen hingewiesen. Im Verteiler für den Newslet-ter befinden sich mittlerweile 798 Adressen.

## 11. Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Um die thematischen und politischen Diskussionen und Einschätzungen einem breiten Adressatenkreis bekannt zu machen, wurden im Jahr 2022 insgesamt 28 Pressemitteilungen verschickt, die in regionaler und überregionaler Presse aufgenommen wurden.

Seit 2021 sind wir unter @zff\_amilie auf der social-media Plattform Twitter vertreten. Dabei kommentieren wir familienpolitische Entwicklungen und vernetzen uns mit Verbänden und anderen politischen Akteur\*innen.

ZFF-Vorsitzende Britta Altenkamp wurde anlässlich des ZFF-Verbandsjubiläums im „vorwärts“ interviewt und leitete einen Beitrag zur Jubiläumszeitschrift des Deutschen Familienverbandes. Der ehemalige ZFF-Geschäftsführer Alexander Nöhring wurde zum Thema Jugendarmut anlässlich der Veröffentlichung des „Monitor Jugendarmut 2022“ interviewt, im Anschluss daran auch von ZDF heute (schriftlich), ebenso gab er ein Interview zum Thema Kinderarmut für SoVD-TV und steuerte einen Beitrag zur Jubiläumszeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik bei. Die Referentin Lisa Sommer wurde im Rahmen eines Podcasts der Friedrich-Ebert Stiftung zum Thema Elterngeld interviewt.

## **D. Weitere Aktivitäten**

### 12. Zusammenarbeit mit weiteren Akteur\*innen

Das Zukunftsforum Familie wirkt in verschiedenen Gremien von Dachverbänden, Mitgliedsverbänden und Parteien mit, um seine Positionen in diese Foren zu tragen und in der gemeinsamen Diskussion mit anderen Verbandsvertreter\*innen, Wissenschaftler\*innen und Politiker\*innen abzustimmen und weiterzuentwickeln.

In folgenden Gremien ist dies 2022 erfolgreich geschehen:

#### a. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (DV)

Das ZFF ist seit seiner Gründung in verschiedenen Gremien des DV vertreten, seit 2017 ist es auch eigenständiges Mitglied. Ziel der Teilnahme ist die Vermittlung eigener Positionen, die gemeinsame Diskussion von Gesetzesvorhaben und Themen im Kreis von (Familien-)Verbänden, Wissenschaft, Kommunal- und Ländervertreter\*innen sowie die Vereinbarung gemeinsamer Strategien.

- Fachausschuss Jugend und Familie: In 2022 hat sich der Fachausschuss v.a. mit der qualitativen Weiterentwicklung der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit von SGB II, SGB III und SGB VIII, der Versorgung ukrainischer Geflüchteter in den Kommunen und aktuellen Vorhaben des BMFSFJ auseinandergesetzt.
- Arbeitskreis Familienpolitik: Im Berichtsjahr hat sich der AK u. a. mit folgenden Themen beschäftigt: Absicherung des Hilfesystems für von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffene Mädchen, Frauen und ihre Kinder, der Einführung des Sofortzuschlags für Kinder sowie mit Familienbildung.

#### b. Arbeiterwohlfahrt (AWO)

- Fachausschuss Familien-, Kinder- und Jugend- sowie Frauenpolitik des AWO Bundesverbandes e. V.: In ihrer Funktion als AWO-Präsidiumsmitglied leitet die ZFF-Vorsitzende Britta Altenkamp den Ausschuss. Das ZFF wird hier darüber hinaus vertreten durch Birgit Merkel

(stellv. ZFF-Vorsitzende) sowie Alexander Nöhring (ehem. Geschäftsführer). Der Fachausschuss hat im Berichtszeitraum drei Mal getagt und sich v.a. mit der Vorbereitung der Sozialkonferenz der AWO (Juni 2022), der Planung der BAG FW Federführung 2023-2025 sowie einem Positionspapier zur Stärkung der Finanzierung von Familienbildungsangeboten (i.E.) befasst.

- Bundesausschuss: Birgit Merkel (stellvertretende Vorsitzende) nahm für das ZFF an den zwei Sitzungen des AWO-Bundesausschusses teil und hat das ZFF als korporatives Mitglied der AWO dort vertreten.

#### c. Bundesforum Familie

Im Berichtsjahr startete das Bundesforum Familie seine zweijährige Themenphase „Unterstützungsstrukturen für Familien“. Das ZFF engagiert sich weiter aktiv an dem Netzwerk und wurde durch die stellvertretende ZFF-Vorsitzende Birgit Merkel und die Referentin Lisa Sommer vertreten. Birgit Merkel arbeitete in der Arbeitsgruppe „Familien im Fokus kommunaler Infrastruktur: „Strukturen und Netzwerke“ mit, Lisa Sommer unterstützte die Arbeitsgruppe „Ansprache und Werthaltungen“.

#### d. Bündnis Kindergrundsicherung

Die intensive Arbeit des ZFF und des Bündnisses befasste sich im Jahr 2022 maßgeblich mit der weiteren inhaltlichen Schärfung des Konzeptes. Das ZFF koordinierte hierfür mit Mitgliedern des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG und einigen Expert\*innen aus der Migrations- und Geflüchtetenarbeit das Papier: „Ausgestaltung der Kindergrundsicherung für ALLE: Migrationsrechtliche Schnittstellen gestalten, Ausschlüsse überwinden, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit stärken“. Wir hoffen auf eine baldige Fertigstellung und Veröffentlichung Anfang des Jahres 2023. Abgeschlossen ist, unter Federführung des ZFF, die Erstellung des Papiers des Bündnisses zur Schnittstelle mit der Ausbildungsförderung. Die Schnittstelle zwischen Kindergrundsicherung und Unterhaltsrecht wird weiterhin in einer weiteren AG diskutiert, an der das ZFF ebenfalls teilnimmt.

Neben zahlreicher Pressearbeit zum Thema hat sich das ZFF darüber hinaus zusammen mit dem SoVD und dem VdK in einem Workshop mit möglichen Auszahlungswegen der Kindergrundsicherung auseinandergesetzt.

Ebenfalls beobachtet das ZFF gemeinsam mit dem Bündnis intensiv das Vorgehen des BMFSFJ und der IMA zur Umsetzung der Kindergrundsicherung laut Koalitionsvertrag. Das Bekanntwerden der Eckpunkte aus dem BMFSFJ Ende Januar haben für viele intensive Diskussionen gesorgt und zu vielen Lobbygesprächen des ZFF u.a. mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages geführt.

Das ZFF hielt darüber hinaus auch im Jahr 2022 Vorträge zum Thema Kindergrundsicherung und Kinderarmut. Etwa bei der SPD Bundestagfraktion oder der Lichtenberger Strategie gegen Kinderarmut.

Darüber hinaus begleitete das ZFF den Sprecher des Bündnisses KINDERGRUNDSICHERUNG, Michael Groß, zu einem Spitzengespräch mit Bundesministerin Lisa Paus MdB.

#### e. Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum

Auch in 2022 beteiligte sich das ZFF intensiv an den Diskussionen im Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum. Im Zentrum stand dabei die Auseinandersetzung und Bewertung des Bürger\*innengeldgesetzes und die Diskussion um die Ausgestaltung einer Kindergrundsicherung.

#### f. Nationale Armutskonferenz (nak) / Ratschlag Kinderarmut

Im Juni 2022 versammelte sich der Ratschlag Kinderarmut in Berlin, um sich über die aktuelle Politik gegen Kinder-, Jugend und Familienarmut auszutauschen sowie die gemeinsamen Perspektiven weiterzuentwickeln. Dabei waren sich alle Anwesenden einig: Armut im Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen muss bald der Vergangenheit angehören! Gemeinsam mit der Ko-Kreis des Ratschlags hat das ZFF maßgeblich an der Vor- und Nachbereitung des Treffens mitgewirkt. Im November meldete sich der Ratschlag nochmals zu Wort. Diesmal mit einer gemeinsamen Erklärung, dessen Koordinierung und Veröffentlichung ebenfalls in den Händen des ZFF lag. Die Erklärung mit dem Titel „Solidarität mit armutsbetroffenen Kinder, Jugendlichen und ihren Familien – besonders in der Inflationskrise“ unterzeichneten 62 Verbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und namhafte Unterstützer\*innen und forderten darin die Politik zum wiederholten Male auf, Kinderarmut entschieden zu bekämpfen und die dafür notwendigen Mittel im Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Das ZFF arbeitete auch in 2022 in der Delegation der AWO in der nak mit. Im Fokus stand dabei weiterhin der interne Organisationsentwicklungs-Prozess zur Neuaufstellung der Geschäftsordnung der nak und das ZFF beteiligte sich an der Umsetzung der in 2021 gefassten Beschlüsse zur Neuorganisation. So konnte im Juni 2022 eine neue Geschäftsordnung verabschiedet werden. Weiterhin hat sich die nak intensiv mit der Reform der Grundsicherung hin zum Bürgergeld auseinandergesetzt.

#### g. Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“

Das ZFF engagiert sich weiter aktiv im Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis, an dem u. a. Frauenverbände, Gewerkschaften und Sozialverbände beteiligt sind, hat zum Ziel, die geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zu fördern. Im Berichtszeitraum beteiligte sich die Referentin Lisa Sommer an regelmäßig stattfindenden Redaktionsgruppen-Sitzungen, bei denen u. a. Pressemitteilungen, Stellungnahmen und eine im November 2022 durchgeführte Fachtagung vorbereitet wurden. Anfang Dezember wandte sich das Bündnis in einem Offenen Brief an die Bundesregierung und forderte die Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten Verbesserungen in der frühen Familienphase ein.

Im Berichtsjahr vertrat Alexander Nöhring das Bündnis außerdem auf einem Podium zum Thema „Equal Care“ beim Deutschen Katholikentag in Stuttgart.

### 13. Teilnahme an Veranstaltungen

Auch im Berichtszeitraum hat das ZFF an zahlreichen Gesprächen, Tagungen und Konferenzen teilgenommen, auch in der Funktion von Vortragenden: Neben den o.g. Tagungen war das ZFF gefragt als Inputgeberin zum Thema Kinderarmut bspw. bei der CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft, der Landeszentrale für politische Bildung Berlin, bei der Bertelsmann-Stiftung, bei der Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag, dem Deutsch-Japanischen Zentrum oder der

Hochschule der IG Metall. Darüber hinaus hielt der ehem. Geschäftsführer Alexander Nöhring einen Input zum Thema „Familienfreundlichkeit“ bei den Hohenheimer tagen der Familienpolitik.

### **III. Aktivitäten im Januar/Februar 2023**

Intern fand Anfang Januar in der Geschäftsstelle des Zukunftsforum Familie der Wechsel der Geschäftsführung von Alexander Nöhring zu Sophie Schwab statt. Des Weiteren nahm sich im Februar der Vorstand und Teile der Geschäftsstelle zwei halbe Tage für eine Klausur Zeit, auf der über Themen wie die Kindergrundsicherung, Familienerholung oder die Unterstützung von Eltern mit schwerstkranken Kindern diskutiert wurde, aber auch ein Blick auf das bevorstehende Jahr sowie 2024 geworfen wurde.

Inhaltlich hat das ZFF In den ersten Monaten des Jahres 2023 zu verschiedenen Schwerpunkten gearbeitet. Zentral bereiteten wir unsere Fachtagung „Familie und Familienpolitik in Zeiten des Umbruchs! Wie muss eine zukunftsfähige Familienpolitik aufgestellt sein?“ vor, die für den Mai des Jahres geplant ist. Daneben beschäftigen wir uns intensiv mit der Umsetzung der Kindergrundsicherung, die aktuell von der Bundesregierung vorangetrieben wird. Hierzu arbeiten wir in verschiedenen Bündnissen und äußern uns regelmäßig presseöffentlich. Seit Anfang des Jahres ist das ZFF Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e. V. (AGF) und beteiligt sich aktiv am Austausch der Familienorganisationen.

Bis Ende Februar wurden umgesetzt:

- Vorbereitung der Fachtagung „Familie und Familienpolitik in Zeiten des Umbruchs! Wie muss eine zukunftsfähige Familienpolitik aufgestellt sein?“,
- regelmäßige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Form des ZFF-Newsletters und Pressemitteilungen.
- Intensive Diskussionsrunden und presseöffentliche Begleitung der Umsetzung der Kindergrundsicherung und der dazu bekannt gewordenen Eckpunkte des BMFSFJ
- Fertigstellung des Papiers des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG „Ausgestaltung der Kindergrundsicherung für ALLE: Migrationsrechtliche Schnittstellen gestalten, Ausschlüsse überwinden, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit stärken“ an dessen Erstellung das ZFF federführend beteiligt war.
- Vorbereitung des Parlamentarischen Frühstücks des Bündnisses Sorgearbeit fair teilen.

Darüber hinaus haben die Mitarbeiterinnen des ZFF in den ersten beiden Monaten des Jahres 2023 an zahlreichen Veranstaltungen und Arbeitsgruppen teilgenommen, so z. B. beim DV (Fachausschuss Jugend und Familie, AK Familienpolitik), dem Bündnis Kindergrundsicherung und dem Bündnis „Sorge fair teilen“ sowie der AGF u.a. bei einem Fachgespräch zum 9. Altersbericht: Potenziale und Teilhabechancen.

### **IV. Erfahrungen und Ergebnisse**

Auch das Jahr 2022 war für Kinder, Jugendliche und ihre Familien von Krisen geprägt. Die in Folge des Angriffskriegs auf die Ukraine verursachte Energie- und Wirtschaftskrise belastete insbesondere armutsdrohende Familien. Vor diesem Hintergrund machte das Zukunftsforum Familie im Berichtsjahr regelmäßig presseöffentlich auf ihre Situation aufmerksam, informierte ZFF-Mitglieder sowie die Fachöffentlichkeit und forderte gemeinsam mit Bündnispartner\*innen eine bessere soziale Absicherung dieser Familien ein. Daneben setzte es seine Arbeit zu den Themen „Zeitpolitik“ und „Partnerschaftlichkeit“ fort, u. a. im Rahmen der Fachtagung „Arbeitsmarkt und Familie: Wie können wir die Arbeitswelt familienfreundlich gestalten?“.

Ein weiterer Schwerpunkt bildete das 20jährige ZFF-Verbandsjubiläum, das gemeinsam mit Weggefährter\*innen aus Politik, Verbänden und Wissenschaft gefeiert wurde.

## **V. Schlussfolgerungen und Perspektiven**

Im Berichtszeitraum hat das ZFF zu zahlreichen Themen Expertise neu aufgebaut und gleichzeitig an bisherigen Themen weitergearbeitet. Dabei wurde die Bündnisarbeit weiter intensiviert, was dem Verband nicht nur die Möglichkeit gibt, im Austausch zu lernen, sondern auch, gemeinsam mit anderen Verbänden, seine Durchsetzungsfähigkeit zu erhöhen.

Ein Ende der krisenhaften Zeit ist 2023 noch nicht abzusehen, denn weiterhin hat die Gesellschaft die Konsequenzen der Corona-Pandemie und der Energie- und Wirtschaftskrise zu tragen – bestehende soziale Ungerechtigkeiten in und zwischen Familien verschärfen sich weiter. Als ZFF aber auch in enger Kooperation mit unseren zahlreichen Bündnispartner\*innen engagieren wir uns für eine Politik, die Gerechtigkeit und Chancengleichheit schafft. In diesem Kontext ist für uns die geplante Umsetzung der Kindergrundsicherung ein zentrales Anliegen, die wir intensiv und kritisch begleiten werden. Ob ihr die Überwindung von Kinder- und Familienarmut nachhaltig gelingt, wird für uns das Kriterium sein, an dem wir ihren Erfolg oder Misserfolg bewerten werden. Gleichbedeutend wichtig ist für uns die Ausgestaltung sozial- sowie geschlechtergerechter und vielfaltssensibler Rahmenbedingungen für die Übernahme von Sorgearbeit. Hierzu hat die Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in ihrem Koalitionsvertrag große sozial- sowie familienpolitische Vorhaben angekündigt, wie die Einführung einer zweiwöchigen vergüteten Freistellung für die Partner\*in nach, die auch Alleinerziehenden offenstehen soll oder die Ausweitung der so genannten Partnermonate um einen Monat oder die Modernisierung der Familienbesteuerung, indem die Steuerklassen III und V in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV überführt werden sollen oder die Reform des Abstammungsrecht oder die Reform des Unterhaltsrechts oder die Einführung einer Lohnersatzleistung für Pflegenden Angehörige. Auf die Umsetzung all dieser Beispiele warten wir, machen es uns aber zur Kernaufgabe im Gespräch mit Mitarbeiter\*innen der zuständigen Ministerien oder Mitgliedern des Bundestages zu bleiben und weiter auf die Umsetzung hinzuwirken. Dabei machen wir unsere Forderungen sowie Zielvorstellungen in diesen geschlechter- sowie familienpolitischen Bereichen deutlich.